

Änderungsantrag	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
Drucksachen-Nr.	
0711621	
Externes Dokument	

Antragsteller/in	Stv. Ingeborg Cziudaj Stv. Martin Berg Stv. Markus Schuck und CDU-Fraktion Stv. Ernesto Harder Stv. Gieslint Grenz Stv. Barbara Ingenkamp und SPD-Fraktion gez. Anke Nipkow-Stille f.d.R. Georg Fenninger M.-L. Simon	Eingangsdatum
Datum	Unterschrift	
06.06.2007		

Betreff
Unterrichtsmaterialien für Kinder von Bonn-Ausweis-Empfänger

* Zuständigkeiten	1 = Beschluss 5 = Anreg. an Rat 9 = Anhörung	2 = Empf. an Rat 6 = Anreg. An HA 10 = Stellungnahme	3 = Empf. an HA 7 = Anreg. an FachA	4 = Empf. an BV 8 = Anreg. an OB
Gremium	Sitzung		Ergebnis	Z. *
Rat	13.06.2007			

Inhalt des Änderungsantrages

In Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung wird das Thema „Unterrichtsmaterialien“ an den Schulausschuss verwiesen.

Außerdem wird der Jugendhilfeausschuss gebeten, die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Notsituationen zu beraten, und zwar unter Berücksichtigung des von der Landesregierung NRW neu aufgelegten Fonds „kein Kind ohne Mahlzeit“ in Höhe von 10 Mio. Euro für bedürftige Schulkinder und den damit verbundenen Möglichkeiten der Finanzierung von Schülern.

Die Fraktionen bereiten einen interfraktionellen Antrag vor, um eine breite Basis für dieses wichtige Anliegen zu schaffen. Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah eine Übersicht über Bedarfe und die zahlreichen Maßnahmen und Unterstützungsmöglichkeiten für Familien in Not vorzubereiten, um die Beratungen zu unterstützen. Für die Beratungen in Politik und Verwaltung ist von vornherein ein enger Austausch mit den freien Trägern notwendig und zu berücksichtigen. Ein Schwerpunkt fällt dabei auf den weiteren Ausbau der

Ganztagsbetreuung und der Finanzierung der verschiedenen Mahlzeiten in KiTas, OGSen und weiterführenden Schulen. Das Ziel lautet, allen Kindern und Jugendlichen eine gesunde und ausgewogene Ernährung in den Schulen und Ganztageeinrichtungen soweit nötig zu ermöglichen. Dabei ist auf den positiven Entwicklungen aufzubauen, die Bonn u.a. mit dem Ausbau der OGS und Ganztagsbetreuung aufzuweisen hat und die sich auch im Bericht des Gesundheitsamtes zum Schuleingang widerspiegeln.

Die Diskussionsergebnisse des Jugendhilfeausschusses werden dem Sozial- und Schulausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.